

[◀ Zurück zur Übersicht](#)

Bundespersonalpolitik ist auf Kurs

Bern, 23.03.2011 - Der Bundesrat hat heute den Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik 2010 zur Kenntnis genommen. Die personalpolitischen Kennzahlen haben sich den Sollwerten entsprechend positiv entwickelt. Beim Frauen- wie auch beim Lernendenanteil wurden die Ziele übertroffen. Der Bericht enthält erstmals auch Daten über die Anteile der vier Sprachgemeinschaften nach Massgabe der neuen Sprachenverordnung.

Gestützt auf das Bundespersonalgesetz (BPG) informiert der Bundesrat die parlamentarischen Geschäftsprüfungs- und Finanzkommissionen jährlich über den Stand der Umsetzung seiner Personalpolitik. Der vom Eidgenössischen Personalamt (EPA) erstellte Bericht enthält eine personalpolitische Gesamtbeurteilung sowie Informationen über den Personalbestand, die Anteile verschiedener Personalgruppen und die Entlohnung.

Frauenanteil weiter steigend

2005 hat der Bundesrat festgelegt, welche Frauenanteile im Durchschnitt und pro Lohnklassengruppe bis Ende 2011 zu erreichen sind. Der durchschnittlich zu erreichende Wert von 30 Prozent wurde schon 2008 erreicht - im Jahr 2010 lag der Frauenanteil mit 31,7 Prozent bereits 1,7 Prozentpunkte über dem Sollwert. Auch im Bereich des höheren Kaders (Lohnklassen 30 bis 38) wurde der geltende Sollwert von 12 Prozent um 2 Prozentpunkte übertroffen. Grösserer Handlungsbedarf besteht nach wie vor im Bereich des mittleren Kaders. Der Anteil in den Lohnklassen 24 bis 29 lag mit 23,8 Prozent deutlich unter den angestrebten 33 Prozent.

In den meisten Departementen, der Bundeskanzlei sowie den eidgenössischen Gerichten und den Parlamentsdiensten liegt der Frauenanteil nahe bei 50,0 Prozent oder darüber. Das VBS und das EFD beschäftigen aufgrund der Wehrpflicht für Männer und dem bewaffneten, uniformierten Grenzwachtkorps am wenigsten Frauen. Schliesst man diese Bereiche aus, beträgt der Frauenanteil in der Bundesverwaltung 41,1 Prozent.

Neue Ausgangslage aufgrund Sprachenverordnung

Per 1. Juli 2010 setzte der Bundesrat die Sprachenverordnung in Kraft. Diese enthält neue Sollwerte für die Anteile der vier schweizerischen Sprachgemeinschaften. Der Bericht 2010 weist die entsprechenden Anteile erstmals aus.

Im Jahre 2010 waren die Landessprachen wie folgt vertreten:

- Deutschsprachige Mitarbeitende: 72,1 Prozent (Sollwert: 70,0 Prozent)

- Französischsprachige Mitarbeitende: 21,0 Prozent (Sollwert: 22,0 Prozent)
- Italienischsprachige Mitarbeitende: 6,6 Prozent (Sollwert: 7,0 Prozent)
- Romanischsprachige Mitarbeitende: 0,3 Prozent (Sollwert: 1,0 Prozent)

Lernende: Sollwert wiederum übertroffen

Den Lernenden standen 1059 Vollzeitstellen für ihre Ausbildung zur Verfügung. Der angestrebte Sollwert von 4,0 Prozent wurde mit 4,5 Prozent zum dritten Mal in Folge übertroffen. Mit rund 40 Ausbildungsberufen bietet die Bundesverwaltung eine Vielfalt interessanter Ausbildungsplätze an und spielt eine bedeutende Rolle in der beruflichen Grundbildung. Um die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu fördern, hat der Bundesrat 2009 beschlossen, künftig die Anzahl Lernender französischer und italienischer Muttersprache zu erhöhen. Die Organisationseinheiten haben die dazu nötigen Massnahmen eingeleitet.

Weniger Anstellungen und leicht steigende Fluktuation

Im Jahre 2010 wurden 2006 Personen ausserhalb der Bundesverwaltung rekrutiert. Dies ist deutlich weniger als in den Vorjahren. In diesem Zusammenhang ist auch die Anzahl der Lernenden, die nach Abschluss ihrer Ausbildung in der Bundesverwaltung angestellt wurden, gesunken. Ihre Verbleibquote sank um 3 Prozentpunkte auf 22,4 Prozent. Weniger stark zurückgegangen ist die Verbleibquote der Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten: Sie betrug 2010 31,7 Prozent gegenüber 33,3 Prozent im Vorjahr.

Die Fluktuation ist, ausgehend von einem tiefen Niveau, leicht angestiegen. Die Bruttofluktuation, in der alle Abgänge einschliesslich Pensionierungen berücksichtigt werden, erreichte 5,8 Prozent. Die Nettofluktuation, die sich nur auf die 1392 Stellenwechsel zu anderen Arbeitgebern bezieht, betrug 3,8 Prozent. Der leichte Anstieg der Nettofluktuation ist vor allem eine Folge der verbesserten Situation auf dem Stellenmarkt.

Der durchschnittliche Bruttolohn in der Bundesverwaltung ohne EDA-Lokalpersonal belief sich 2010 auf 116'285 Franken. Die Erhöhung von 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert ist auf den Teuerungsausgleich von 0,6 Prozent und auf die höhere Qualifikation des Personals zurückzuführen.

Adresse für Rückfragen

Thomas Schmutz, Stellvertretender Direktor, Leiter Geschäftsbereich Personalwirtschaft und Controlling, Eidg. Personalamt, Tel. 031 324 95 42

Herausgeber

Der Bundesrat

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>

Eidgenössisches Finanzdepartement

<http://www.efd.admin.ch>

 [Reporting Personalmanagement 2010 \(PDF, 967 kB\)](#)

< [Zurück zur Übersicht](#)

Letzte Änderung 15.12.2015

^ [Zum Seitenanfang](#)

<https://www.admin.ch/content/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-38231.html>